

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900**

20.9.1900 (No. 258)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 20. September.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Nr. 258.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1900.

## \* Wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Ausnahmeverhältnisse, wie sie infolge der Knappheit an Geld, Kohle und Arbeitskräften zur Zeit im wirtschaftlichen Deutschland bestehen, bedingen naturgemäß auch Maßnahmen von ausnahmsweisem Charakter, wie die Begebung der letzten Reichsanleihe zu 4 Proz. auf die kurze Zeit von fünf Jahren und die Einführung des Rohstofftarifs für die Kohleneinfuhr. Aber diese Ausnahmsmaßnahmen sind mit Rücksicht darauf, daß sie in ursächlichem Zusammenhange mit vorübergehenden Ausnahmezuständen stehen, auch nur für kurze Fristen bemessen. So ist auch für die erwähnte Reichsanleihe eine so kurze Einlösungsfrist vorgesehen und überdies dem Reiche die Kündigungsfrist in der Zwischenzeit vorbehalten worden, um es in der Hand zu haben, bei wiedereintretenden normalen Verhältnissen auf dem Geldmarkte das Kreditbedürfnis zu günstigeren Bedingungen als dies jetzt möglich ist, zu befriedigen, und ebenso ist die Einführung des Rohstofftarifs zunächst auf zwei Jahre erfolgt, nach deren Ablauf auf's Neue zu prüfen sein wird, ob und inwiefern die Verhältnisse des Kohlenmarktes noch fortbestehen, welche zu der Tarifmaßregel Anlaß gegeben haben. Wenn also die jetzige ausnahmsweise Gestaltung unseres Wirtschaftslebens auch vorübergehende Ausnahmsmaßnahmen rechtfertigt, so wäre es andererseits doch nicht angemessen, die vorübergehende anormale Gestaltung unseres Erwerbslebens zum Ausgangspunkte von anderen volkswirtschaftlichen Maßnahmen zu wählen. So nahe es auf den ersten Blick zu liegen scheint, der gegenwärtigen Knappheit an Kohlen durch ein Kohlenausfuhrverbot zu steuern, so würde man doch auf diese Weise die Befestigung eines vorübergehenden Mißstandes mit schweren dauernden Nachteilen zu erkaufen Gefahr laufen. Nach den bisherigen Erfahrungen sind in normalen Zeiten unsere Kohlenproduktionsgebiete zu einem Theile auf den Absatz ins Ausland angewiesen, wie dies bei ihrer Lage an den Grenzen des Landes in der Natur der Sache liegt. Und es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß sich in Zukunft bei Rückkehr normaler Zustände auf dem inländischen Kohlenmarkte die Sachlage wesentlich ändern werde. Ein Kohlenausfuhrverbot würde aber zweifellos einen beträchtlichen Theil der Handelsbeziehungen unserer Kohlenreviere zum Auslande dauernd abschneiden, und es würden daher nicht nur unsere Begeben, sondern vor allem auch die im Kohlenbergbau beschäftigten Arbeiter einen schweren dauernden Schaden erleiden, welcher zu der aus einem Kohlenausfuhrverbot zu erwartenden augenblicklichen Erleichterung des Kohlenmarktes nicht im richtigen Verhältnisse stehen dürfte. Noch bedenklicher würde es sein, wenn man den theilweisen Mangel an Arbeitskräften in Deutschland als Grundlage für die Neuregelung unserer Handelsbeziehungen zum Auslande gelten lassen wollte. Man wird vielmehr bei den bezüglichen Entschliessungen nicht außer Betracht lassen dürfen, daß Deutschlands Bevölkerung von Jahr zu Jahr um 800 000 Köpfe wächst, und daß es eine der wichtigsten Aufgaben nationaler Wirtschaftspolitik ist, für den Zuwachs an Bevölkerung lohnende Arbeit im Inlande zu sichern, und zwar auch in Zeiten, in denen die jetzt ganz ausnahmsweise starke Nachfrage nach Arbeitskräften wieder nachgelassen haben wird. Das Ziel, unserem Nachwuchse Gelegenheit zu lohnender Arbeit im Vaterlande zu verschaffen, kann aber nur erreicht werden, wenn einerseits allen Zweigen der heimischen Produktion der nötige Zollschutz auf dem heimischen Markte gewährt, andererseits aber durch sachgemäße Handelsverträge dafür gesorgt wird, daß der Ueberschuß unserer Gütererzeugung über den Inlandsbedarf im Auslande Absatz findet. Die Aufgabe der deutschen Zoll- und Handelspolitik muß sein, neben wirksamem Schutz der heimischen schaffenden Arbeit auf dem inländischen Markte auch Deutschlands Mitbewerben auf dem Weltmarkte im Interesse der rasch zunehmenden deutschen Bevölkerung zu sichern. Das liegt im gleichmäßigen Interesse aller Kreise des heimischen Erwerbslebens, und es ist thöricht, bei der Erfüllung dieser Aufgabe unserer Zoll- und Handelspolitik nur von Einzelinteressen der Ausfuhrpolitik sprechen zu wollen.

(Telegramme.)

\* Berlin, 19. Sept. Im Februar d. J. wurden die Oberbergämter vom Handelsminister zu Erhebungen veranlaßt, welche Neuanlagen auf den Steinkohlenbergwerken in Preußen derzeit in der Ausführung begriffen sind und in welchem Maße diese in den nächsten Jahren zu der Kohlenproduktion beitragen werden. Die Erhebungen ergaben, daß in den Steinkohlenbezirken

Preußens gegenwärtig 72 Neuanlagen in der Herstellung begriffen sind und sich für 1901 eine Förderung von 2 1/2, für 1905 eine solche von über 12 Millionen Tonnen erwarten lassen. Da mit den vorhandenen Förderanlagen die Produktion in demselben Maße gesteigert werden kann, wie in den letzten Jahren, so ist anzunehmen, daß die gesammte Kohlenproduktion, die in den letzten Jahren jährlich um 6 bis 7 Proz. durchschnittlich gestiegen ist, in den nächsten Jahren mindestens in demselben Maße zunehmen wird, vorausgesetzt, daß die nötigen Arbeitskräfte beschafft werden können. Die gesammte Kohlenproduktion Preußens für 1901 sei zu 106 1/2 Millionen Tonnen, d. i. rund 12 Millionen Tonnen mehr als 1899 gefördert, anzunehmen.

\* London, 15. Sept. Der „Standard“ meldet aus New-York: Die deutsche Anleihe ist überzeichnet worden, ungerechnet der Anmeldungen aus der Provinz, welche noch nicht vollständig vorliegen, und obwohl beträchtliche Zeichnungen, welche zwecks Weiterverkaufs erfolgten, zurückgewiesen wurden.

## Sechster ordentlicher Städtetag der mittleren Städte Badens.

— Donaueschingen, 18. September.

Die zweite Sitzung des sechsten Städtetages der mittleren Städte Badens begann heute früh 10 Uhr. Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Fischer, theilte zunächst die Antwort Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs auf ein gestern abgelesenes Pulbungsstelegramm mit, die den Städten Dank sagt und ihnen eine geeignete Zukunft wünscht. Von Seiten der geschäftsführenden Kommission wurde mitgeteilt, daß die auf der Tagesordnung gestandene Anregung von Herrschbach, den Städtetag wolle sich in Bezug auf die Verordnung vom 4. Mai d. J. dafür aussprechen, daß auch in Städten mit weniger als 20 000 Einwohnern für überbaute oder vorausichtlich bald zu überbauende Grundstücke an Stelle des Gemeinschaftsbesitzes das Einzelbesitz geführt werde, durch einen inzwischen ergangenen Erlaß des Großherzogs als erledigt gelten könne. Herr Bürgermeister Hermann Offenburger erhielt hierauf das Wort zu seinem Vortrage über Grundbesitz und Grundstücksbesitz des Bürgerlichen Gesetzbuches. Derselbe behandelte in eingehender Weise das neue Recht nach der materiellen wie nach der formellen Seite und beleuchtete insbesondere die Unterschiede gegenüber dem früheren Rechte. Nachdem der Vorsitzende dem Redner den Dank der Versammlung für seinen gediegenen Vortrag ausgesprochen hatte, wurde die Diskussion eröffnet.

Da außer einer kurzen Bemerkung des Vorsitzenden der geschäftsführenden Kommission nichts zur Sprache gebracht wurde, konnte in der Tagesordnung fortgeschritten werden. Es kam darauf ein Artikel der „Bad. Landeszeitung“ zur Sprache, der dem Städtetag nahe legte, sich mit der Frage der Errichtung eines sogenannten Städtebundes theater zu beschäftigen. Die Erörterung ergab Einigkeit darüber, daß es wünschenswert sei, die sogenannten Schmierer zu verdrängen, daß das aber nur durch eine wirklich gute Bühne geschehen könnte, und daß es schwierig sei, eine Wanderbühne zu einer solchen zu machen. Es wurde deshalb zur Tagesordnung übergegangen.

Als Ort für den nächsten Städtetag wurde Ettlingen bestimmt und in die geschäftsführende Kommission für 1900/1901 wurden die seitberigen Mitglieder wieder gewählt.

Herr Bürgermeister Bess regte noch an, die geschäftsführende Kommission wolle sich mit folgenden Fragen beschäftigen: 1. Ob nicht eine Zeitschrift des Verbandes der mittleren Städte ins Leben zu rufen sei. 2. Ob nicht Frachtermäßigung für Obst aus Gegenden mit überreicher Ernte zu erlangen sei. 3. Ob eine Gemeinde angehalten werden könne, Dolmetzlerkosten und dergleichen zu tragen, die bei einer vom Bürgermeisteramt geführten Unfalluntersuchung entstehen.

Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Städtetag geschlossen.

## Internationale Ausstellungsunternehmen.

Der preussische Handelsminister hat folgende Verfügung an die Regierungspräsidenten erlassen:

„Aus Anlaß der Pariser Weltausstellung wird von einigen Privatunternehmen in Berlin unter Anwerbung von Agenten in der Provinz ein sogenanntes internationales Ausstellungsunternehmen veranstaltet, das den ausgesprochenen Zweck verfolgt, den „Ausstellern“ gegen Zahlung tarifmäßiger Gebühren, die je nach der Höhe der Auszeichnung zu entrichten sind, „Pariser“ Medaillen, Diplome etc. aus dem Jahre 1900“ zu verschaffen. Die Unternehmer haben sich bisher weder mit französischen Behörden noch mit maßgebenden Persönlichkeiten oder Gesellschaften in Paris in Verbindung gesetzt. Die von ihnen auszustellenden Diplome, Medaillen etc. würden geeignet sein, bei dem Publikum den Anschein zu erwecken, als ob die Prämierung von der amtlichen Vertretung der Weltausstellung in Paris erfolgt sei. Zur Verhinderung derartiger Ausstellungsunternehmen, die ähnlich in den letzten Jahren schon mehrfach veranstaltet worden sein sollen, steht zur Zeit die gesetzliche Grundlage.

Die öffentliche Klage mit dem Befehl der Auszeichnungen, die von den Veranstaltern solcher Ausstellungen gegen Entgelt vertrieben sind, ohne daß ein ernsthafter Wettbewerb vor der Öffentlichkeit vorausgegangen ist, kann dagegen den Thatbestand einer strafbaren Handlung, insbesondere den des unlauteren Wettbewerbs bilden.

(Mit einer Beilage.)

Wenn es auch zweifelhaft sein mag, ob solche Reklamen als wissenschaftlich unwarhaft und zur Irreführung geeignete Angaben über den „Besitz von Auszeichnungen“ im Sinne des § 4 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 angesehen werden können, so wird man doch in vielen Fällen darin den Versuch einer strafbaren Täuschung des Publikums über die „Beschaffenheit von Waaren oder gewerblichen Leistungen“ im Sinne der angeführten Strafbestimmung erblicken können. Unter Umständen wird sogar Betrug oder Betrugsversuch vorliegen.

Sie wollen die Polizeibehörden daher anweisen, eintretendenfalls, auch wo es sich nur um Antragsdelikte handelt, von Amtswegen Ermittlungen anzustellen, bei Antragsdelikten thunlichst auf die Stellung eines Strafantrags hinzuwirken und in allen geeigneten Fällen die Erhebung der öffentlichen Klage bei der königlichen Staatsanwaltschaft zu befürworten.“

## Zur Bekämpfung der Leutenoth

hat die württembergische Regierung verschiedene Maßnahmen angeordnet, deren Durchführung der „Frankf. Ztg.“ Anlaß zu einer Polemik gab, bei der das Frankfurter demokratische Blatt sehr able Erfahrungen gemacht hat und böse Dinge von der württembergischen Regierung sich sagen lassen mußte. Mehr als dieser journalistische Zwischenfall interessiert uns das Verhalten der württembergischen Regierung in der Sache selbst und es sei deshalb festgestellt, daß im Gesamtkollegium der königlichen Centralstelle für die Landwirtschaft bittere Klagen über den in der Landwirtschaft herrschenden Arbeitermangel, welcher zu einer förmlichen Arbeiternoth nach Zahl und Qualität der Arbeiter ausgeartet sei, geführt worden sind. Auf der Grundlage eines Referats wurde eingehend erörtert, wie diesem zu einer wesentlichen Verschärfung des auf der Landwirtschaft ohnedies lastenden schweren Drucks dienenden Mißstand entgegenzuwirken werden könnte. Es bestand allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß bei dem starken Abfluß landwirtschaftlicher Arbeitskräfte zu industriellen Betrieben, bei dem in ländlichen Kreisen zunehmenden Zug zur Stadt nichts unversucht bleiben sollte, was auch nur einigermaßen geeignet sei, dazu zu dienen, daß der Landwirtschaft bestehende Arbeitskräfte erhalten oder neue Arbeitskräfte vorübergehend oder dauernd zugeführt werden. Schließlich hat das Gesamtkollegium eine Reihe von Maßnahmen, welche für die Verminderung der Leutenoth in Betracht kommen, bezeichnet und bei dem Ministerium des Innern den Antrag gestellt, die zu deren Durchführung erforderlichen Einleitungen zu treffen bezw. Anregungen zu geben. Unter den herorgehobenen Punkten befinden sich zwei, welche den Geschäftskreis des königlichen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Abtheilung für die Verkehrsanstalten, berühren. Die bezüglichen Anträge gingen dahin, daß 1. sowohl bei der Ausführung neuer, als auch bei der Unterhaltung bestehender Eisenbahnen billige Rücksicht auf die in der Landwirtschaft, insbesondere zur Zeit der Ernte, herrschende Arbeiternoth genommen werden möchte, 2. die Eisenbahnfahrpreise für die Beförderung von landwirtschaftlichen Arbeitern in Württemberg ermäßigt, insbesondere die Taxen für in- und ausländische landwirtschaftliche Wochen- und Saisonarbeiter, sowie für die zur Vornahme von landwirtschaftlichen Arbeiten seitens der Militärbehörden beurlaubten Mannschaften herabgesetzt werden. Bei der Begründung und Erläuterung des Antrags wurde darauf verwiesen, daß nachdem einmal die weitgehenden Vergünstigungen hinsichtlich der Arbeiterfahrarten bestehen, eine Einschränkung derselben nicht unbedenklich wäre. Dagegen wurde es allgemein als ein berechtigter Wunsch erachtet, daß auch zu Gunsten der Beförderung von landwirtschaftlichen Arbeitern auf der Eisenbahn entsprechende Fahrpreisermäßigungen gewährt werden.

## Centrumpolitik in Bayern.

\* Auf der sonntägigen Generalversammlung des Dautenhäuser Bauernvereins stellten bayrische Centrumsführer ein Arbeitsprogramm für die nächste Landtagsession auf. Nachdem der Fall Kerschenteiner-Schmitt in offenkundiger Weise — aber immerhin in gemäßigter Form — als es in der bayrischen Centrumpresse geschieht — behandelt worden war, legte Abg. Heim das wirtschaftliche Programm dar. Vor allem sei eine Reform der Grundsteuer anzustreben, wie sie bei der Kapital-, Einkommen- und Gewerbesteuer erfolgte, daß nämlich bei den Kleineren die Steuer erleichtert, bei den Mittleren nicht erhöht wird, während bei den Höheren die Schranke fester angezogen werden soll. Weiter strebe das Centrum die

Errichtung einer staatlichen Mobiliarfeuerversicherung an. Bekanntlich ist ein dahingehender Antrag, mit Zustimmung der Regierung, von der Kammer der Reichsräthe abgelehnt worden. Die dritte Aufgabe soll sein, daß das Centrum auf Entschädigung für Verluste durch die Maul- und Klauenseuche hinarbeite, denn mit dem gegenwärtigen System der Marktsperrung werde nicht viel ausgerichtet. Die Verstaatlichung der Distriktsstraßen würde einen Mehraufwand von 8 Millionen erfordern. Richtiger aber sei es, den Distrikten einen erhöhten Zuschuß zu geben. Man brauche ein Straßengesetz, jedenfalls aber werde das Centrum die Zuschüsse an die Distrikte immer wieder zu erhöhen suchen. Eine weitere Aufgabe werde die Reform des kulturellen Dienstes sein. Gegenwärtig könne nicht die Hälfte der Gesuche erledigt werden. Der kulturelle Dienst sollte von den Kreisen auf den Staat übertragen werden. Die Kreise könnten dafür einen Theil der Lasten, die den Gemeinden durch die Irrenpflege erwachsen, übernehmen. Die allerwichtigste und schwierigste Aufgabe stelle die Dienstbotennoth, deren Ursache die in den 60er Jahren eingeführte Freizügigkeit sei (?). Man möge diese, wenigstens soweit sie das Land angeht, gesetzlich beschränken, so daß man die jungen Leute vor dem 18. Lebensjahr nicht in Fabrikbetriebe eintreten und nicht in Städte ziehen lasse (!). — Bei Verathung der Handelsverträge werde auf Jahre hinaus über das Wohl und Wehe des Bauernstandes entschieden werden. Abgesehen von der preisbildenden Wirkung der Zölle stehe fest, daß unter dem Zollfuß von 3 M. 50 Pf., wie er durch die Handelsverträge von 1891 und 1893 fixirt wurde, das Reich mehr Getreide importirte, als nöthig zur Ernährung der Bevölkerung war. Daher blieb vieles im Inlande erzeugte Getreide unverkauft. Hier müsse das Centrum die Macht ausnützen, die ihm zu Gebote stehe. Wenn der Industriearbeiter streiken dürfe, um sich bessere Löhne zu erkämpfen, so dürfe auch der Bauer Maßnahmen zum Schutz gegen die Konkurrenz des Auslandes verlangen. Die Bauern wollten nicht eine Erhöhung der Getreidepreise um 100 Proz., sondern seien mit 15 bis 20 Proz. zufrieden. Der Abg. Daller ergänzte die Ausführungen seines Kollegen Heim. — Wenn gleich anzunehmen ist, daß der von dem Centrum der Regierung angebotene Guerillakrieg keine den Landesfrieden gefährdende Ausdehnung annehmen wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß das bayerische Centrum sich in Kampfesstimmung befindet.

### Freiburger Gewerbevereinstage.

IV.  
© Freiburg, 18. September.

Neunte Generalversammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine.

Nach einer prachtvollen Morgenfahrt durch das wildromantische Pöllental — in Dirschprung spendete der Freiburger Verein ein Frühstück, kredenzte von hübschen Schwarzwaldbäuerlein — wurden im Saale des Hotel Titisee die Beratungen der Generalversammlung fortgesetzt. Anstreichmeister Geißler-Kempten besprach die Gründung einer Pensions- und Unterstützungsanstalt für selbständige Gewerbetreibende. Die Angelegenheit ist schon auf dem bayerischen Gewerbetag zur Verathung gestanden und hat die erste Anregung im Kemptener Gewerbeverein gefunden. Auf dem Wege gegenständlicher Unterstützung könne auch hier für die selbständigen Handwerker gesorgt werden, doch könne dies nicht geschehen auf dem Grundsatze der Freiwilligkeit, sondern auf dem Wege eines Zwangsgesetzes. Die große Arbeiterversicherungsgehung sei hier ein wertvolles Vorbild, aber alle diese segensreichen Gesetze beruhten auf Zwang, wie ja auch die Pensionsklassen der Beamten auf Zwang aufgebaut seien. Etwas Ähnliches sollte in fürsorglicher Weise auch für die selbständigen Handwerker geschaffen werden, und zwar auf der Basis eines Reichsgesetzes. Nicht um eine Unterstützung durch den Staat handle es sich, sondern um die sichere Durchführung dieses Planes auf der Basis und dem Nachdruck eines Reichsgesetzes. Neben Steuern in Kürze die grundlegenden Gedanken eines solchen Gesetzes, in dem eine Wartzeit von fünf Jahren vorgegeben ist, die Beiträge steigen prozentual auf Grundlage des vorausgabigen Tageslohnes und nach Maßgabe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Die Unterstützung tritt mit der fünften Woche ein und beträgt pro Tag 1 M. und steigt prozentual nach der Höhe der Beiträge an. Der Referent stellt folgenden Antrag:

„Mit den Ausführungen des Referenten im wesentlichen einverstanden und die Schaffung einer staatlich geleiteten Pensions- und Invalidenanstalt für selbständige Gewerbetreibende als zweckmäßig erachtend, wird die Vorstandschaft des Verbandes deutscher Gewerbevereine ermächtigt und beauftragt, zur Erreichung genannten Zweckes die weiter nöthigen Schritte zu unternehmen und baldmöglichst Sorge zu tragen, daß im hohen Deutschen Reichstag ein diesbezüglicher Antrag eingebracht wird.“

Im Anschluß hieran referirte Direktor Schwand-Köln über Alters- und Invaliditätsversicherung unter voller Anerkennung der Ausführungen des Vorredners. So schön der Gedanke dieses gegenseitigen Schutzes sei, so schwer sei die juristische Frage zu beantworten: hat der Handwerker die Verpflichtung, für einen anderen Handwerker zu sorgen. In Norwegen liege der Volkvertretung eine Art solcher Gesetzgebung vor, die eine allgemeine Volksversicherung anstrebe. Er glaube aber nicht daran, daß der vom Vorredner angeregte Gedanke im Reichstag zur Annahme gelange. Die Versicherungsvereine der Handwerker ist für solche, die bis zwei Personen beschäftigen, schon jetzt gesetzlich angeordnet. Da die Beiträge jetzt schon schwer beizubringen seien, so werde der Gesetzgeber kaum an eine Erweiterung der Zwangsversicherung denken. Redner hat folgende Schlüsse aufgestellt:

1. Die Unfall-, Todes- und Invaliditätsversicherung ist für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende eine unbedingte Nothwendigkeit.

2. Pflicht eines jeden Handwerkmehlers und Gewerbetreibenden ist, von dem ihm eingeräumten Rechte der freiwilligen Selbstversicherung, welche im Reichs-Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz und Reichs-Invalidenversicherungsgesetz festgelegt ist, Gebrauch zu machen.

3. Pflicht ist es, dahin zu streben, als Fürsorge für sein Alter sowie für seine Familie im Todesfall, eine seinen Verhältnissen entsprechende Privatversicherung zu nehmen, ebenso eine Ergänzungsunfallversicherung.

4. Die Privatversicherung erfolgt zweckmäßig nur bei dauernd leistungsfähigen Versicherungsanstalten, deren Rechtsgrundlagen

von den staatlichen Behörden anerkannt und kontrollirt werden.“ In der Debatte tritt Geißler-Kempten nochmals für seine Ausführungen ein, denn es sei ein Gebot der Nächstenliebe, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit dafür zu sorgen, daß der Handwerker nicht zu Grunde gehe.

Häring-Zena tritt diesen Anregungen bei, die Reichsregierung werde nicht verfehlen, hier helfend mitzuwirken.

Dierckx-Karlsruhe hält die Materie doch für zu wenig geklärt, um heute schon einen bestimmten Beschluß zu fassen, er schlägt deshalb vor, daß die Referate der Herren Geißler und Schwand dem Vorstand des Verbandes als Material überwiesen werde und dieser die Materie für den nächsten Verbandstag zu einem bestimmten Antrag formulire. Die Nothwendigkeit, daß in dieser Frage etwas geschehen müsse, sei allgemein anerkannt worden. Ein dahin gehender Antrag wird angenommen und darin ausgesprochen, daß es notwendig, daß für den kleineren und mittleren Gewerbestand die Segnungen einer Invaliditäts- und Altersversicherung zu Theil werde.

Es tritt hierauf eine zweistündige Pause für das Festmahl ein. Um 4 Uhr wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Oberrechnungsrevisor Engelbach-Darmstadt sprach ferner über das Thema „Versicherung auf Sterbefall für Mitglieder des Verbandes deutscher Gewerbevereine“ und weist auf die hohe Bedeutung des Versicherungswesens in Deutschland hin, von dem leider der kleine selbständige Handwerker, der für seine Familien die Beiträge bezahle, ausgeschlossen sei. Deshalb sei derselbe auf sich selbst angewiesen und von diesem Gedanken ausgehend, habe der Darmstädter Gewerbeverein eine Sterbekasse gegründet, auf die man mit Genehmigung zurückblicken könne. Man habe nun die Absicht, diese Sterbekasse des heftigen Landesgewerbevereins anzugliedern an den deutschen Verband. Bis jetzt ist das Umlageverfahren eingeführt und zwar hat das Mitglied pro Jahr 6 M. 50 Pf. zu zahlen, während später ein fester Betrag festgesetzt wird. Die Anträge des Referenten gehen dahin:

1. Es möchten sich größere Verbände gemerblicher Vereinigungen der Sterbekasse für Mitglieder des heftigen Landesgewerbevereins anschließen, d. h. die Leitung dieser Verbände mit der Leitung der genannten Sterbekasse in schriftlichen Verkehr treten, um dahin zu wirken, daß die Mitglieder dieser Verbände der genannten Sterbekasse beitreten oder

2. die Leitung des Verbandes deutscher Gewerbevereine möchte bei den einzelnen Unterverbänden auf den Anschluß an die Sterbekasse für Mitglieder des heftigen Landesgewerbevereins hinwirken.“

In der Debatte wurde mehrfach hervorgehoben, daß man doch erst die Erfahrungen der Darmstädter Sterbekasse abwarten sollte, ehe man der Frage näher trete, diese Sterbekasse auf den deutschen Verband zu übernehmen. Beweis sei es anerkennendwerth, auf diesem Gebiete bahnbrechend vorzugehen, doch müsse man erst die Erfahrungen abwarten.

Senator Döde-Güstrow hält es für geboten, wenn der Verband die Frage einer Sterbekasse aufgreife, denn eine solche sei auch geeignet, einen Kitt der Gewerbevereine zu bilden, doch sei es das Beste, wenn man sich hier einer bestehenden Gesellschaft mit festen Prämissen anschleie.

Die Materie wird schließlich im Einverständnis mit dem Referenten dem Vorstandsrath zur weiteren Verfolgung überwiesen. In den Vorstandsrath wird das auscheidende Mitglied Prof. Saug-Wiesbaden wiedergewählt.

Zum Ort der nächstjährigen Generalversammlung wird Hannover bestimmt.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mittheilungen wird der Verbandstag nach 5 Uhr geschlossen.

### Die Vorgänge in China.

Die Auslandspreffe über Bülow's Rundschreiben.

(Telegramme.)

\* **Wien**, 19. Sept. Diejenigen Wiener Blätter, welche das Rundschreiben des Grafen Bülow besprechen, äußern sich ausnahmslos in zustimmendem Sinne. Die „Neue Freie Presse“ sagt, es frage sich, ob die so ostentativ zur Schau getragene Chinesenfreundlichkeit der Russen und Amerikaner nicht auch diesmal die Durchführung der deutschen Anregung erschweren werde. Das Blatt meint, das Circular sollte Deutschlands unerschütterliches Beharren auf seiner Forderung klar stellen. An der Berechtigung der Forderung sei nicht zu zweifeln. Der Schritt Deutschlands sei ein energischer, der einzig zum Ziele führen werde.

\* **Wien**, 19. Sept. Das dem Auswärtigen Amt nahestehende „Fremdenblatt“ schreibt: „Deutschland, als der Staat, dessen Gesandter ermordet wurde, muß auf strengster Sähe bestehen. Ähnliche Anschauungen machen sich auch in England geltend und namentlich Lord Hamilton schlägt kürzlich in einer Rede einen ähnlichen Ton an. Es ist nun die Frage, welche Haltung Rußland einnehmen wird. Es hängt viel davon ab, welche Personen als Ansitzer des Gemehls bezeichnet werden. — Die „Deutsche Zeitung“ billigt die Haltung Deutschlands. Nur durch ein abschredendes Beispiel könne eine Wiederholung vermieden werden.“

\* **Paris**, 19. Sept. Der „Matin“ schreibt über die Note des Grafen v. Bülow, die Note stelle eine ernste Grundlage für die Vorverhandlung fest. Diese Grundlage sei die Auslieferung der Urheber der gegen das Völkerrecht verübten Verbrechen. Die klare, unzweideutige Forderung mache allen Prätexten des Li-Hung-Tschang's ein Ende, der mit ungebührlicher Annahmung Bürgschaften für die vorerwähnten Ansitzer verlangte. — Der „Figaro“ schreibt, man müsse zugeben, daß die in dieser Note geforderten Züchtigungen sehr berechtigte Repressalien gegenüber den mannigfachen Verbrechen bilden, welche in Peking unter den wohlwollenden Augen der chinesischen Regierung verübt wurden.

\* **London**, 19. Sept. Die Morgenblätter besprechen die gefrige Circulardepeche Bülow's und sagen, Deutschlands Stellungnahme sei vom logischen Standpunkte unangreifbar. Die Blätter glauben, daß Deutschlands Haltung die Billigung des englischen Volkes erhalten werde. Man dürfe die Hände nicht von China wegnehmen, bis die Strafe vollzogen sei.

Die Friedensansichten stehen im Augenblick nicht günstig. Ein Theil der russischen Truppen ist zwar von Peking abmarschirt, aber es wäre ein Irrthum, darin ein

für die Unterhandlungen günstiges Symptom zu erblicken. Die fremden Gesandten erklären, daß sie keine Vollmacht hätten, mit dem Prinzen Tsching zu verhandeln. Die Generale sind, wie es heißt, ebenfalls der Ansicht, daß sie mit Tsching nicht unterhandeln können. Man will unter allen Umständen die Ankunft Li-Hung-Tschang's abwarten. Li-Hung-Tschang befindet sich nun wohl endlich unterwegs, aber die allgemeine Lage in China ist nichts weniger als friedlich. An verschiedenen Orten haben neuerdings blutige Zusammenstöße stattgefunden, und Sir Robert Hart, der die Verhältnisse Chinas wie kein zweiter Europäer kennt, theilt die Führern der verbündeten Truppen mit, sie möchten sich auf weitere Feindseligkeiten von Seite der Chinesen vorbereiten. Von ebenso schlechter Vorbedeutung für die Unterhandlung ist die Aeußerung Li-Hung-Tschang's, er könne für die Befreiung des Prinzen Tuan keine Bürgschaft übernehmen. Das klingt sehr wahrscheinlich, denn es wird neuerdings wieder mit der größten Entschiedenheit behauptet, daß die alte Kaiserin selbst den Mord aller Gesandten befohlen habe und daß v. Ketteler als Opfer für die Anderen gefallen sei. Ist das richtig, dann begreift man, daß Prinz Tuan, wenn er bloß die Befehle der Kaiserin zu vollstrecken trachtete, von chinesischer Seite nicht geopfert wird. Es wäre ebenso verständlich, wenn sich Deutschland weigerte, den General Junglu, dessen Truppen sich an den Angriffen auf die Gesandtschaften beteiligten, als Unterhändler anzuerkennen. Aber für die Verhandlungen sind das unfriedliche Vorzeichen.

In der Umgebung von Peking haben die Bozern in den letzten Tagen wieder dreiste Angriffe auf einzelne Abtheilungen der Verbündeten unternommen. Es kam sowohl im Westen der Hauptstadt, als auch in der Gegend von Tungtschau, dann bei Hsiang-Hoßien am linken Peihoufer zu einer Reihe von Kämpfen, wobei deutsche, englische und amerikanische Truppen die beinahe zehnfach überlegenen Bozern jedesmal vollständig zerprengten. Bei Tungtschau hat beispielsweise eine amerikanische Compagnie (4 Offiziere und 120 Mann) einer Abtheilung von 2000 Bozern erfolgreich Widerstand geleistet und ihnen schließlich mit Hilfe einer Schwadron bengalischer Lanzenreiter einen Verlust von 200 Todten beigebracht. Auch sonst waren die Verbündeten — soweit die Meldungen mit Zahlenangaben versehen sind — gegen fast zehnfache Uebermacht engagirt und haben trotz alledem die feindlichen Angriffe auf der ganzen Linie zurückgewiesen.

Aus Shanghai kommt die Nachricht, daß wiederholte Angriffe der Russen auf die Peitang-Forts von den Chinesen zurückgeschlagen wurden. Diese Befestigungen liegen an der Mündung des Tschao-ho in den Golf von Pechili und bilden eine nördliche Plantungsanlage der Taku-Forts. Sie liegen von den letzteren nur etwa zwölf Kilometer entfernt, können daher unter Umständen die Position von Taku gefährden, zum Mindesten beunruhigen. Aus dieser Ursache dürfte trotz der bisherigen Mißerfolge von den weiteren Angriffen auf diese Befestigungsanlage kaum abgesehen werden. Ihr Besitz wäre zur vollständigen Sicherung der Peiho-Einfahrt und des Küstengebietes in der Umgebung von Taku von besonderer Bedeutung. General Mostauban-Palita hat im Jahre 1860 mit seinen Operationen hier den Anfang gemacht. Er nahm zuerst die Peitang-Forts und ging erst von dort, also von Norden her auf Tongta und die Taku-Forts zum Angriffe über.

In Tientsin sind 12 000 Mann deutscher Truppen angekommen. Es ist dies das Gros des deutschen Expeditionscorps, welches in der Zeit vom 27. Juli bis 4. August in Bremerhaven eingeladert wurde. Es steht unter Kommando des Generalleutnants v. Vessell, besteht aus 13½ Bataillonen, 4 Eskadronen, 10 Batterien, 3 Pionier- und 3 Eisenbahncompagnien und zählt im ganzen 19 000 Mann und 56 Geschütze. Das Corps wird binnen längstens einer Woche vollständig ausgeschifft und nach Peking in Marsch gesetzt werden.

(Telegramme.)

\* **Köln**, 19. Sept. Die „Köln. Volksztg.“ meldet aus Hankau vom 8. d. M.: Vorgesern hat ein flüchtiger Missionar hier an, ein Franziskanerpatre aus Hunan, der die schon mitgetheilten Gruel in jeder Beziehung bekräftigt. Der Patre entging dem Tode wie durch ein Wunder. Seine Reise von Hunan nach Hankau war überaus qualvoll. Raum trat er nie an, als er als Europäer anerkannt wurde. Man zerstückte seinen Frack und ließ über ihn selbst her. Noch jetzt sind seine Wunden sichtbar. Er hatte während zweier Tage nur etwas Sumpfwasser, bis sich eine heimische Familie seiner erbarmte. Raum hatte er die Weiterreise angetreten, als er wieder erkannt wurde. Er wurde der Arbeit beraubt, auf einem Stuhl auf Tische gesetzt und vier Stunden in schmähtlicher Weise verhöhnt. Ein unmenschliches Ungeheuer stieß ihm einen glühenden Draht in den Körper. Andere Dinge nicht gut in Worte zu kleiden. Er liegt augenblicklich schwerkrank im Hospital. Der Zerstückung unserer Missionsgebäude in Tschifu folgte diejenige noch einiger anderer. Die Kirchen von Unguent und Tienting liegen in Asche. Die Kirchen flohen. Ihre Häuser wurden niedergebrannt und ihre Habe weggeschleppt. Es ist bezeichnend, wie die chinesischen Behörden den hungernden und stehenden Christen Schutz angedeihen lassen. Als die Nachricht von der Zerstückung der erdigen Station hier ankam, hat der französische Konsul den Vizekönig Tschangsching um Schutz. Man schickte 150 Soldaten, die, anstatt nach der bedrängten Station abzugehen, von dem Mandarin in der Distriktsstadt Tschifu zurückgehalten wurden. Sie sind bis heute noch nicht ausgerückt. Keuchlich thut man so, als geträure man Schutz, im Geheimen wünscht man die Ausrottung sämtlicher Christen auf chinesischem Boden. Die katholischen Missionare sollen an den Tausenden von Wunden, die ihnen geschlagen wurden, verbluten. In Tschifu sind gegen 60 Europäer, darunter jedenfalls die beiden Bischöfe, 19 Franziskanermissionare und acht Schwedern, von Rebellen und rebellischen Soldaten ermordet worden. Damit wäre das sechste Bisthat der Franziskaner vollständig vernichtet.

**St. Petersburg, 19. Sept.** Folgende vom 16. September datirte Nachrichten sind beim Generalstab eingetroffen: Dant den Nachregeln des Generals Fleischer ist die Seebrücke gegen die Angriffe der Chinesen gesichert. Eisenbahn und Telegraph sind bis auf 16 Werst von Dschitschar nach Hantschen hergestellt, wo bereits Kommandos eingesetzt sind. Gerüchte verlauten, daß zwischen den chinesischen Soldaten und den Boxern Uneinigigkeiten ausgebrochen sind. Der sanitäre Zustand der russischen Truppen ist ausgezeichnet, Proviant ist hinreichend vorhanden. Am 1. September wurde von Gharbin ein Detachement nach Tschitar abgeschickt. Man fand die Eisenbahn unbedeutend, den Telegraph fast gar nicht beschädigt. Am 2. September wurde die russische Kavallerie vorhut unerwartet aus den chinesischen Verschanzungen angegriffen, wobei drei Mann verwundet wurden. Der Einbruch der Nacht und Regen hinderte die Russen, die Verschanzungen zu nehmen. Es gelang den Chinesen, während der Nacht aus den Verschanzungen zu flüchten. Am 5. September kam das Detachement in Fühlung mit der Truppenabteilung Orlov's. Da das Detachement hiermit seinen Zweck erreicht hatte, befehlt General Scharon die Rückkehr nach Gharbin. Eisenbahnarbeiter und Bedienstete, welche die Mandchurei verlassen, kehren zu ihren Arbeiten an der Eisenbahnlinie zurück.

**Tientsin, 17. Sept.** General v. Lefel ist hier angelangt. Drei Bataillone Infanterie, zwei Batterien und eine Pionierkompagnie sind zur Zeit hier versammelt. Ein herzlich Empfang wurde Lefel durch den russischen Commodore Donizjrow bereitet. Zwei Escadrons der Brianurski-Dräger stellen die Ehrenwache.

**Sungkong, 18. Sept.** Generalfeldmarschall Graf Waldersee ist an Bord des Kreuzers „Hertha“ weitergereist.

**Washington, 19. Sept.** Neutermeldung. Es wird gemeldet, daß jetzt in Berlin über einen angeblichen amerikanischen Vorschlag beraten wird, die Occupationstruppen in China auf 1000 Mann in Peking, 2000 Mann außerhalb der Mauern der Hauptstadt und 20000 Mann an anderen Orten zu beschränken. Diesem angeblichen Vorschlag liegt kein vom Staatsdepartement angeregter Plan zu Grunde. Es kann auf das Bestimmteste versichert werden, daß über einen derartigen Plan keine diplomatischen Verhandlungen stattfinden.

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 19. September.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin begab sich heute Nachmittag 1 Uhr von Schloß Mainau nach Singen, um daselbst einem Spinnfest anzuwohnen, das mit einer Preisvertheilung verbunden ist. Der Frauenverein Singen hat einen Spinnkurs veranstaltet, der sich einer zahlreichen Theilnahme erfreut. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin beabsichtigt heute Abend wieder nach Mainau zurückzukehren.

Der königlich preussische Gesandte von Eisendecher und Gemahlin sind gestern Mittag von Schloß Mainau abgereist. Einer Einladung folgend treffen heute Abend der Minister von Brauer und Gemahlin, welche sich auf der Heimreise aus der Schweiz befinden, auf Mainau ein.

(Aloys Burgstaller), der rühmlichst bekannte Barreuther Feldentor, welcher auch hier bei seinem hiesigen Auftreten im Frühjahr so außerordentliche Erfolge im Liedergesang erzielte, wird Anfangs October nochmals ein Konzert im Museumsaal geben.

**B.N. Forzheim, 19. Sept.** Heute Vormittag 10 Uhr stürzte infolge Verstoßes eines Pfeilers der Kuppelhemische Neubau im Dierfeld zusammen und begrub unter sich zehn Arbeiter, von denen zwei schwer verletzt sind. Sämmtliche Verletzte befinden sich im Krankenhause.

**Willingen, 18. Sept.** Die Frequenz der hiesigen Realschule ist zwar in den letzten vier Jahren eine bessere geworden als in früheren Jahren — voriges Jahr 119 Schüler und bei dem neubegonnenen Schuljahr 125 Schüler — trotzdem aber dürfte die Zahl der Zöglinge im Verhältnis der Einwohnerzahl dieser Stadt (8000) eine größere sein. Noch ungünstiger wird die Frequenz, wenn man auch die Einwohnerzahl der benachbarten Städte Wöhrenbach und St. Georgen und der benachbarten Landorte in Betracht zieht. Man beschäftigt sich in den hiesigen Bevölkerungskreisen deshalb ernstlich mit dem Gedanken, die hiesige Realschule in ein Reformgymnasium nach dem Muster der Karlsruher Anstalt umzuwandeln. Es ist nicht zu zweifeln, daß sich der Besuch der Anstalt durch eine solche Umwandlung bedeutend heben würde. — Auf der hiesigen staatlichen Kinderfarm zu Kiststätt ist der Viehbestand auf über 30 Stück angewachsen, lauter prächtige Exemplare. — Die Jungviehweide hiesiger Stadt war diesen Sommer mit 68 Stück befahren.

### Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 23. Sept. Landwirtschaftl. Besprechung in Obermutschelbach. — Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsum und Absatzvereins in Mauer.

Sonntag, 30. Sept. Landwirtschaftl. Besprechung in Laudenberg. — Verbandversammlung des Verbandes der badischen landwirtschaftlichen Konsumvereine in Zimmendingen.

### Der Krieg zwischen England und Transvaal.

(Telegramme.)

**Amsterdam, 18. Sept.** Die Burendeputation veröffentlicht in den Blättern eine Erklärung, worin gegen die Behauptung in Lord Roberts' letzter Proklamation protestirt wird, daß Krüger dadurch daß er die Grenze überschritten habe, formell seine Würde niedergelegt und die Sache der Buren im Stiche gelassen hätte. Krüger sei vielmehr mit Ermächtigung des Ausführenden Rathes von Transvaal gemäß dem Volksraad 1899 getroffenen Bestimmungen abgereist.

**London, 18. Sept.** Das Reutersche Bureau veröffentlicht folgende Depesche: Lorenzo Marques: Bei Komatipoort wird fortwährend gekämpft. Alle ver-

fähbaren Mannschaften sind nach der Grenze gegangen. Man macht sich darauf gefaßt, daß die Brücke über den Komatipfluß zerstört wird. Hier herrscht große Besorgniß.

**London, 19. Sept.** „Daily Telegraph“ meldet aus Lorenzo Marques vom 18. Sept.: Zwischen Kaapmuiden und Hectorspruit fand ein regelrechtes Gefecht statt. Die Verluste der Buren sollen schwer sein. An der Grenze wurde ein Portugiese von Plänkern der Buren getödtet. Eine portugiesische Batterie ist gestern an die Grenze abgegangen, jedoch bei km 63 von den Kaaffern überrumpelt worden. Das Gefecht dauert noch an.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

#### Ein Konflikt zwischen Frankreich und Oman.

**Paris, 18. Sept.** In den französischen Kolonialkreisen beschäftigt man sich lebhaft mit dem Konflikt, welcher vor einiger Zeit anlässlich des Vorgehens des Sultans von Mascat zwischen Frankreich und Oman ausgebrochen ist. Die Aufmerksamkeit der kolonialen Kreise ist umso mehr nach jenen Gebieten hin gerichtet, als vor ungefähr sechs Wochen der persische Gouverneur von Buschiri, dem Beispiele des Sultans von Mascat folgend, die französischen Schutzbesohlenen in seinem Gebiete gezwungen hat, auf das französische Protektorat zu verzichten. Ueber das Verhalten des Sultans von Mascat ist folgendes bekannt geworden: Am 7. Juni begab sich der Sultan in Begleitung des englischen Konsuls Kapitän Cog an Bord der „Sphinx“ vom ostindischen Geschwader nach Sour, wo das Schiff am nächsten Mittag anlangte. Der Sultan verließ mit seiner Escorte, die zum größten Theile aus Soldaten bestand und 50 bis 60 Mann zählte, das Schiff, flog bei einem einflussreichen Notabeln ab und ließ einige Notabeln berufen, welche sich unter das Protektorat Frankreichs begeben hatten, ferner die Eigentümer von arabischen Segelbooten, welche unter französischer Flagge fahren. Er verlangte von ihnen, ihm die französischen Erlaubnißscheine auszuliefern, damit er dieselben dem französischen Vicekonsul in Mascat selbst zurückschicke. Der Sultan versuchte alle Mittel, die Leute einzuschüchtern, und erinnerte daran, daß vor etwas mehr als 30 Jahren einer seiner Vorgänger, der Sultan Louzmi, die Stadt Sour, die ihm den Gehorsam verweigerte, durch zwei englische Schiffe bombardirt und gänzlich zerstört ließ. Die französischen Schutzbesohlenen erklärten, daß sie den Schutz Frankreichs bloß deshalb gesucht haben, um ihre Beziehungen zum Auslande leichter zu gestalten. Der Sultan erging sich nun in heftigen Ausfällen gegen Frankreich. Es ist ihm aber nicht gelungen, mehr als drei vom französischen Vicekonsul in Mascat ausgefolgte Erlaubnißscheine zu erhalten. Eine Woche später begab sich der Sultan, immer in Begleitung des englischen Konsuls, nach Mascat zurück. Am 6. August wurde in diesem Orte folgendes Dekret fundgemacht: „Ich habe bemerkt, daß meine Unterthanen sich über die Bedeutung dessen, was es heißt, die Flagge und die Schiffsfahrterlaubnißscheine eines fremden Staates anzunehmen, nicht klar sind. Es scheint, daß sie darin ein Mittel erkennen, sich unter fremden Schutz zu begeben. Das wird fernerhin nicht mehr gestattet. Wisset denn, daß ich in meinem Staate Flaggen und Erlaubnißscheine nicht mehr anerkenne und daß ich nicht dulden werde, daß künftighin Jemand ohne meine Erlaubniß und schriftliche Ermächtigung solche nehmen dürfe.“ — Das Organ der französischen Kolonialkreise, die „Dépêche coloniale“, schreibt über diese Vorfälle: „Der Sultan von Mascat hat sichlich auf Befehl und unter dem Schutze der englischen Agenten gehandelt. Seit mehreren Wochen befinden sich immer Schiffe der englischen Flotte im Hafen von Mascat. Stets ist ein Kriegsschiff, manchmal sind zwei oder gar drei daselbst; Kanonenboote, wie der „Redraft“, der „Pigeon“, „Sphinx“, „Asse“ oder auch große Schiffe, wie „Melpomena“ oder „Cossack“ halten sich hier zur Verfügung des englischen Konsuls, während sein Vorgesetzter, der Generalkonsul von Buschiri, nur über den alten Raddampfer „Lawrence“ verfügt.“ — Das französische Kriegsschiff „La Drôme“ ist Ende August in Mascat eingetroffen.

**Wien, 19. Sept.** Seine Majestät der Kaiser traf um 10 Uhr Vormittags hier ein und bestieg das Lorpedoboot S. I. Um 10 1/4 Uhr passirte dasselbe die Willauer Triefe.

**Darmstadt, 19. Sept.** Der morgigen Besichtigung der Leiche Seiner Großh. Hoheit des Prinzen Heinrich von Hessen wohnt als Vertreter des Kaisers, General v. Lindequist, Kommandeur des 18. Armee-corps bei.

**Leipzig, 19. Sept.** Der Buchbinderausstand ist von der Einigungscommission nach zwölfstündiger Verhandlung durch Vergleich zwischen Arbeitern und Arbeitgebern beendet worden. Die Forderungen der Gehilfen sind theilweise bewilligt. Die Einigung gilt für alle ausständigen, beziehungsweise ausgesperrten Buchbinder in Leipzig, Stuttgart und Berlin.

**Wien, 17. Sept.** Ueber die Verathung der Mitglieder der bisherigen Deutschen O. B. Männer-Conferenz wurde ein Communiqué ausgegeben, besagend: Alle Theilnehmer an der Konferenz sind von der unbedingten Nothwendigkeit überzeugt, die deutsche Gemeinbürgerschaft aufrecht zu halten, welche nach den Erfahrungen der letzten Jahre einen wirksamen Schutz für die Deutschen in Oesterreich bildet, woran unerbüchlich festzuhalten, von allen Seiten in der entscheidend-

sten Weise erklärt wurde. In der deutschen Gemeinbürgerschaft werde Jedermann Platz haben, welcher entschlossen ist, für die Rechte des deutschen Volkes und die Einheitlichkeit Oesterreichs einzustehen. Die letzten czechischen Kundgebungen, betreffend das böhmische Staatsrecht, sind ein Vernichtungskampf gegen das Parlament und müssen Leben in dem Beschlusse bestärken, daß bei den Wahlen für die Gesamtstellung des Deutschthums und die Einheitlichkeit Oesterreichs eingetreten werden muß. Die Forderung der gesetzlichen Festlegung der allgemeinen deutschen Vermittlungssprache wird in erster Linie festgehalten.

**Paris, 18. Sept.** Die französische Regierung hat auf Grund des seiner Zeit erlassenen Anarchistengesetzes die Abhaltung des internationalen revolutionären Arbeiterkongresses untersagt.

### Verschiedenes.

**Berlin, 19. Sept.** (Telegr.) Das vom Hauptauschuß des Deutschen Flottenvereins für Berlin und Brandenburg veranstaltete Fest zum Festen der deutschen Krieger in China im Zoologischen Garten war von weit über 40000 Menschen besucht. Sechs Militärkapellen spielten.

### Literatur.

(Der Lehrer sinkende Vote) für 1901 ist soeben im Verlag von Moritz Schönbauer erschienen. Nachdem er eine stattliche Armee seiner Sendlinge in die weite Welt, wo Deutsche wohnen, vornehmlich nach Nord- und Südamerika, Australien, nach Südostafrika und Deutsch-China, hat abgehen lassen, marschirt er jetzt durch die deutschen Lande, um seinen Lesern die gewohnte Unterhaltung und Belehrung zu bringen. Der vorliegende erste Jahrgang seines zweiten Jahrbuchs ist wieder recht gediegen ausgefallen, der Burenkrieg, der Beginn der blutigen Ereignisse in China, sowie die sonstigen „Weltbegebenheiten“ sind in Wort und Bild volksthümlich dargestellt.

(In der Sternenhanner-Republik.) Reiseerinnerungen von Dr. Carlo Gardini. Mit 41 Illustrationen. Aus dem Italienischen von M. Rumbauer. (Preis 6 M.) Seit längerer Zeit ist kein deutsches Reisebuch über Amerika erschienen. Die Literatur des Auslands dagegen hat mehrere vorzügliche Schilderungen des amerikanischen Kontinents in jüngerer Zeit aufzuweisen. Unter diesen nimmt das soeben im Verlag der Schulze'schen Hofbuchhandlung in Oldenburg erschienene Werk des Italieners Dr. Carlo Gardini, welches hier in guter deutscher Uebersetzung vorliegt, einen hervorragenden Platz ein. Während seiner wiederholten Reisen in der Neuen Welt, wie in seiner Stellung als amerikanischer Konsul hatte der Verfasser Gelegenheit, die Entwicklung und den Aufschwung der einzelnen Städte der Union zu verfolgen. Wenn auch begeistert von dem mächtigen Emporblühen des transatlantischen Staatenbundes, vermeidet er es doch, Phantasie über das Dollarland zu verichten. Der Autor führt den Leser in seiner unterhaltenden Reisebeschreibung, der sich werthvolle statistische Daten neuester Zeit über Bevölkerung, Landwirtschaft, Industrie und Handel, Schilderungen der Einrichtungen und Kultur des Landes, des Theaters und Kunstlebens, geschickt einfügen, durch alle Staaten und Regionen der großen Republik. Am längsten verweilt er in New-York, Chicago, der Vormonstadt Salt Lake City und der Goldstadt San Francisco.

### Stand der Badischen Bank

am 15. September 1900.

Aktiva.	
Metallbestand	4 675 195 M. 51 Pf.
Reichsbankenscheine	14 970 „ — „
Noten anderer Banken	77 900 „ — „
Wechselbestand	22 585 157 „ 80 „
Dombankforderungen	546 890 „ — „
Effekten	71 529 „ 96 „
Sonstige Aktiva	2 810 068 „ 28 „
	30 781 736 M. 50 Pf.
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 879 107 „ 08 „
Umlaufende Noten	13 625 800 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	5 234 908 „ 08 „
An Kündigungstermin gebundene Verbindlichkeiten	1 042 411 „ 34 „
Sonstige Passiva	30 781 736 M. 50 Pf.

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 990 365 M. 48 Pf.  
Die Direktion der Badischen Bank.

### Großherzogliches Hoftheater.

#### Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 20. Sept. Abh. 8. 3. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Die Schmetterlingsflucht“, Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Freitag, 21. Sept. Abh. 8. 3. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Lucia von Lammermoor“, Oper in 3 Aufzügen von Salvatore Cammerano, Musik von G. Donizetti. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

**Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd., vom 19. Sept. 1900.**

Der hohe Druck hat sich seit gestern auf die südliche Hälfte Mitteleuropas zurückgezogen und gleichzeitig hat sich eine über dem norwegischen Meer gelegene flache Depression in das Binnenland herein ausgebreitet; hier ist gleichwohl das Wetter heiter und warm geblieben, doch ist der Ausbruch von Gewittern zu erwarten.

#### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

September	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Beuchtigkeit seit in Proz.	Wind	Stund
18. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	752.4	16.6	13.0	59	SW	heiter
19. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	752.5	12.8	10.2	94	SW	bedeckt 1)
19. Mittags. 2 <sup>00</sup> U.	752.1	23.6	12.2	56	SW	heiter

1) Nebel.  
Höchste Temperatur am 18. September: 23.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.4.  
Niederschlagsmenge des 18. September: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mannheim, 19. Sept.: 3.66 m.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

